

Dr. Wolfgang L i e n e m a n n , Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg

GESCHICHTE UND ZUKUNFT DER KOMPLEMENTARITÄT

- Wie lange können Christen das Abschreckungssystem akzeptieren ? -

"Wir müssen versuchen, die verschiedenen im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen." Mit diesen Worten hat die 6. Heidelberger These vor mehr als zwanzig Jahren ein folgenreiches Stichwort formuliert, das seither nachhaltig die ethische Urteilsbildung im deutschen Protestantismus in den Fragen von Krieg und Frieden bestimmt hat. Im Hintergrund dieses Wortes stehen jene Gegensätze, die die evangelische Kirche in Deutschland hart an den Rand einer Kirchenspaltung gebracht haben: einerseits die "Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist", andererseits die "Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann". Die Spandauer Synode der EKD 1958 fügte diesen Sätzen hinzu: "Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung der Gegensätze." Diese Bemühung, zu "gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung" zu gelangen, dauert seither an, und schon jene Kommission der Ev. Studiengemeinschaft, die 1959 einen Brückenschlag versuchte, kam über das Stichwort der Komplementarität nicht hinaus. In der jüngsten Friedensdenkschrift der EKD vom 5.11.1981 mit dem Titel "Frieden wahren, fördern und erneuern" sind bekanntlich die alten Heidelberger Thesen häufiger Bezugspunkt; sie sind im Anhang sogar abgedruckt. Man ist also auf dem Weg zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung in den offiziellen kirchlichen Verlautbarungen nicht nennenswert weitergekommen, auch wenn sich die Stimmen mehren, die sagen, daß die Zeit dieses Kompromisses abgelaufen sei. In den Friedenswochen im Herbst vorigen Jahres konnte man - diesseits und jenseits der Elbe! - hören, daß die Christenheit dem, den sie weltweit als Friedensfürst lobt und preist, mehr schuldet als "Komplementarität". Ist die Zeit schon abgelaufen, in der es Pflicht auch von Christen ist, "Widerstand mit gleichwertigen Waffen" zu leisten? So fragen vor allem jene Glieder der Gemeinde Christi, die jenseits aller verstandesmäßigen Erwägungen zuerst den Verheißungen der Bergpredigt trauen, welche die Friedensmacher, die pacifici, glücklich preist.

Aber die Evangelische Kirche in Deutschland ist keine Gemeinschaft der Pazifisten. Der größte Teil der evangelischen jungen Männer leistet Jahr für Jahr seinen Wehrdienst. Pazifismus ist dagegen bisher in den deutschen Kirchen auf beiden Seiten der Grenzen zwischen Ost und West nicht mehrheitsfähig, sondern immer noch die Sache einer Minderheit. Andererseits hat die Evangelische Kirche in zahlreichen Erklärungen und Dokumenten immer wieder erklärt, daß jeder Krieg Sünde sei und kein künftiger Krieg je als "gerecht" betrachtet werden könne. Und so ist es gekommen, daß dieselbe Kirche sich für den Schutz der Kriegsdienstverweigerer - und speziell seit Jahren für die Abschaffung der sogenannten Gewissensprüfung - einsetzt und zugleich in der Form der Militärseelsorge sich der Soldaten anzunehmen versucht. Wie paßt das zusammen? Dürfen innerhalb der Kirche Jesu Christi in

lebenswichtigen Fragen, die zugleich Gewissensfragen sind, vollständig entgegengesetzte Handlungsweisen vorkommen? Ist es nicht ein fauler Kompromiß, wenn gesagt wird, es könne unter Christen "Friedensdienst mit und ohne Waffen" geben? Wird damit der Ernst der Frage nach Krieg oder Frieden nicht mißachtet? Und sind Christen nicht der Welt ein klareres Zeugnis und deutlicheres Zeichen schuldig als ein Sowohl-Als-auch? Eine Antwort auf diese Fragen setzt voraus, die Herkunft jener Kompromißformel zu erläutern, um ihre sachliche Bedeutung und künftige Tragfähigkeit zu verstehen.

I.

"Friedensdienst mit und ohne Waffen" ist zwar eine Formel, die seit dem Kirchentag von 1967 viel genannt wurde, der Sache nach aber ist sie, wie die Komplementaritätsthese, Ausdruck der Zwischenstellung jedes Christen und aller Kirchen: sie stehen zwischen den Weisungen der Feindesliebe und des Gewaltverzichts, wie sie die Bergpredigt ausspricht, und dem Auftrag, für den Schutz von Recht und Frieden des Nächsten im Rahmen der Aufgaben einer rechtmäßigen Obrigkeit zu sorgen. Für sich selbst, so hat Luther eingeschärft, kann und wird der Christ auf jede Gewalt verzichten und damit auch auf die Durchsetzung seines Rechtes; für seine Nächsten aber ist er bereit, unter Androhung und Anwendung von Gewalt für Recht und Frieden einzustehen. Die Weisung Jesu, auch die Feinde zu lieben, eröffnet den christlichen Gewaltverzicht; das Gebot der Nächstenliebe schließt Gewaltanwendung zum Schutze des Nächsten jedenfalls nicht aus.

Diese Zwischenstellung wird aber fragwürdig, wenn die Mittel, mit denen Recht und Frieden geschützt werden sollen, so beschaffen sind, daß sie im Ernstfall zerstören, was sie erhalten sollen. Diese Gefahr aber ist in jedem modernen großen Krieg - nicht nur im Atomkrieg - gegeben. Darum kann für Christen, aber doch wohl nicht nur für sie, die Anwendung von Gewalt im Dienste des Nächsten nicht militärische Mittel umfassen, die das Ende der Kultur heraufführen würden, zu deren Erhaltung sie einzig bestimmt sein können.

Diesem dramatischen Dilemma haben sich die evangelischen Kirchen in Deutschland nicht entzogen. Sie haben in den ersten Jahren nach 1945 wiederholt von der Aufstellung deutscher Streitkräfte abgeraten. Nach Beginn des Koreakrieges im Sommer 1950 wurde offiziell und gesamtkirchlich aber nicht mehr der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik widersprochen, obwohl klar war, daß sich im Ernstfall Bundeswehr und Nationale Volksarmee gegenüberstehen würden und Deutsche, Christen hüben wie drüben, aufeinander schießen müßten. Mehrheitlich aber waren Christen und Kirchen im westlichen deutschen Teilstaat der Auffassung, daß es keine Alternative zur Wiederaufrüstung gebe, weil ein demokratischer Rechtsstaat, der unmittelbar an den Eisernen Vorhang grenzte, ohne militärischen Schutz im Rahmen eines Bündnisses nicht bestehen könne. Dieser militärische Schutz im Rahmen des westlichen Bündnisses beruht aber seit 1945 wesentlich auf den Atomwaffen der USA. Diese Waffen sind wiederum von solcher Qualität, daß sie nur sinnvolle Mittel der Kriegsverhütung sind, solange sie nicht eingesetzt werden.

Die gesamte Friedensdiskussion in den evangelischen Kirchen seit 1945 ist nur zu verstehen, wenn man sie als Auseinandersetzung mit diesem Dilemma der atomaren Verteidigungspolitik begreift. Eine erste Reaktion auf die-

ses Dilemma lag darin, daß man die Kriegsdienstverweigerer des besonderen Schutzes der Kirche versicherte. Ihr Dienst sollte als vollwertiger und dem Wehrdienst gleichwertiger Friedensdienst verstanden werden. Andererseits entschloß man sich zur Wiedereinrichtung einer evangelischen Militärseelsorge. Sie hat nicht zuletzt die Aufgabe der Gewissensbildung, damit der Soldat mit seiner widersprüchlichen Lage fertig wird, die darin besteht, daß er seinen Auftrag verfehlt hat, wenn er tun müßte, wozu er ausgebildet wird.

Zum Pazifismus ebenso wie zum Wehrdienst hat also die evangelische Kirche ein gebrochenes Verhältnis: jedenfalls als Volkskirche kann sie nicht zur pazifistischen Friedenskirche werden, solange sie nicht eine radikale Trennung von Staat und Kirche fordert. Glaubwürdig wäre eine Friedenskirche nur, wenn sie nicht mehrstaatlichen Schutz in Anspruch nimmt, um ihren Bestand zu sichern. Auf der anderen Seite billigt die evangelische Kirche den Wehrdienst, aber sie versucht gleichzeitig den Soldaten, beispielsweise im lebenskundlichen Unterricht, einzuschärfen, daß ihre Aufgabe nicht darin liegen kann, Kriege zu führen und zu gewinnen, sondern einzig zu verhindern. Anerkennung und Widerspruch zugleich prägen also die Haltung der evangelischen Kirche sowohl gegenüber dem Pazifismus wie gegenüber dem Militär.

Einen Höhepunkt erreichten die Auseinandersetzungen über diese Probleme im deutschen Protestantismus, als Konrad Adenauer die Bereitstellung taktischer Atomwaffen für die Bundeswehr öffentlich erörterte und Franz Josef Strauß Verteidigungsminister wurde. Das entscheidende Signal für die öffentliche Diskussion war die sogenannte "Göttinger Erklärung" von 18 Atomwissenschaftlern vom 12. April 1957, in welcher diese forderten, die Bundesregierung solle "ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichten". Die Begründung lautete: "Wir halten ... diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle des Versagens für tödlich".

Auf dem Hintergrund der damaligen westeuropäischen Anti-Atombewegung gerieten wenig später die evangelischen Kirchen hart an den Rand einer Spaltung über die Frage, ob Christen als Soldaten an einer Verteidigung mitwirken dürften, die Atomwaffen zur Kriegsverhütung bereithalte. Einen Kompromiß, dem in erheblichem Maße die verschiedenen kirchlichen Gruppierungen zustimmen konnten, formulierten dann 1959 die sogenannten "Heidelberger Thesen". Sie wurden von einer Kommission der Evangelischen Studiengemeinschaft auf Anregung des damaligen Militärbischofs Hermann Kunst erarbeitet und bilden seither nicht nur einen Grundkonsens evangelischer Friedensethik, sondern dienen auch offiziell in der Evangelischen Militärseelsorge als Grundlage für die Beratung der Gewissen.

Die 7. Heidelberger These sagt: "Die Kirche muß den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen." Anerkennung bedeutet, daß die Evangelische Kirche dafür eintritt, daß Kriegsdienstverweigerer nicht benachteiligt oder verächtlich gemacht werden dürfen, denn es ist christlich legitim, ohne den Schutz von Waffen leben zu wollen. Andererseits sagt aber die These 8: "Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen." Zwei Handlungsweisen werden also anerkannt, die sich zu widersprechen scheinen. Auflösen läßt

sich der Widerspruch nur, wenn man beides - Friedensdienst mit und ohne Waffen - nicht einfach unverbunden nebeneinanderstellt, sondern eine Beziehung zwischen beiden Handlungsweisen herstellt. Dies ist nur dann möglich, wenn man erkennt, daß die Beteiligung an militärischer Friedenssicherung unter einem zeitlichen Vorbehalt steht: wer den Wehrdienst leistet, soll dies tun, damit Zeit gewonnen wird, um eine Friedensordnung zu erreichen, in welcher wirklich abgerüstet werden kann und am Ende die Institution des Krieges selbst überwunden wird. Nach evangelischem Verständnis kann danach nur derjenige noch Soldat sein, der sein Tun selbst in Frage stellt und mit der Absicht Militärdienst leistet, diesen durch Formen der politischen Friedenssicherung eines Tages überflüssig zu machen. Deshalb sagt die 8. These ganz bewußt, es sei eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise, mit Waffen abzuschrecken. Aber eben: Heute noch! Nicht auf unabsehbare Zeit! Heute leben Soldaten wie Pazifisten noch in der widersprüchlichen Situation, die darin besteht, daß einerseits die Kriegsverhütung durch Abschreckung und militärisches Gleichgewicht versagen kann, daß aber andererseits der Rüstungs- und Waffenverzicht das Risiko von Interventionen und somit ebenfalls die Möglichkeit von Krieg und Bürgerkrieg enthält. Solange dieser Widerspruch und das damit verbundene doppelte Risiko anhalten, schützt der Waffenträger auch den Waffenlosen, aber der Waffenlose hält das Bewußtsein der Gefahren, die in der atomaren Abschreckung liegen, wach. Er erinnert daran, daß die Möglichkeit einer stabilen Friedensordnung davon abhängt, daß die wechselseitige Drohung mit dem unkalkulierbaren Risiko der atomaren Vernichtung überwunden wird. In diesem Sinne verhalten sich beide Handlungsweisen zueinander komplementär. Noch freilich kann der Christ beides tun: den Frieden militärisch oder im Verzicht auf Waffen zu sichern versuchen. Aber beide Handlungsweisen sollen nach den Heidelberger Thesen so miteinander verbunden, sein, daß allmählich das Gleichgewicht der Abschreckung und damit die Funktion militärischer Kriegsverhütung zurücktritt hinter der Errichtung einer Friedensordnung, die Abrüstung, Stärkung internationaler Organisationen und politische Entspannung und Zusammenarbeit auf allen Ebenen umfaßt. Aus diesem Grund haben die Heidelberger Thesen schließlich im Kommentar zur 10. These gesagt, es sei Aufgabe der Kirche, "das Bewußtsein ständig wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand (sc. der Kriegsverhütung durch atomare Abschreckung, W.L.) nicht dauern darf".

II.

Komplementarität als die wechselseitige Bedingung zweier Verhaltensweisen von Christen unter der Voraussetzung der Existenz von Atomwaffen formuliert also das Ethos einer Übergangszeit. Nur wenn man die Bedeutung dieser zentralen Überzeugung verstanden hat, kann man zu einem Urteil darüber gelangen, ob die Komplementaritätsthese überholt ist oder nicht.

Wenn man Komplementarität nicht im Sinne eines zeitlosen Kompromisses verstehen kann, der besagt, es gebe für Christen grundsätzlich und immer "Friedensdienst mit und ohne Waffen", dann eröffnen sich zwei Auffassungsmöglichkeiten, das Verhältnis der 7. und 8. Heidelberger These zueinander zu bestimmen.

Die einen betonen den Charakter eines geschichtlichen Übergangs und können deshalb behaupten, es handle sich um keinen (logischen) Widerspruch.

Wer Frieden und Freiheit mit Waffen sichert, soll und darf dies nur tun, damit Zeit für Verhandlungen gewonnen wird, die dazu dienen, einer wirklichen Friedensordnung näherzukommen, welche die herkömmlichen Blöcke übergreift, wirtschaftlichen Ausgleich gestattet, das Recht achtet und so Abrüstung politisch ermöglicht. Wir wollen dies das dynamische Verständnis der Komplementarität nennen.

Eine andere Auffassung der Heidelberger These könnte das viel zitierte "noch" der 8. These dagegen so verstehen, daß es erst dann nicht mehr gilt, wenn es gelungen wäre, "einen Frieden in Freiheit" auch ohne den Schutz durch Kernwaffen zuverlässig und dauerhaft zu sichern. Letztlich wäre in dieser Sicht die Kapitulation bzw. eine ihre Identität zerstörende Umwandlung der östlichen Bündnisvormacht die Voraussetzung dafür, daß man feststellen könnte, die Zeit der Beteiligung von Christen an der nuklearen Abschreckung sei abgelaufen. Waffenverzicht als Folge der Überlegenheit einer Seite ist aber nach allen bisherigen Erfahrungen für Ost und West utopisch, es sei denn als Resultat eines Krieges, denn eine Kapitulation bzw. grundstürzende Umwandlung der anderen Seite auf friedlichem Wege in halbwegs überschaubaren geschichtlichen Zeiträumen zu erwarten, dürfte einigermaßen unrealistisch sein, und darüber hinaus wäre es nur zu wahrscheinlich, daß danach neue Bedrohungen von "Frieden und Freiheit" aufträten, die erneut eine Abschreckungsstrategie zu erfordern scheinen. In dieser Sicht gewinnt das Wörtchen "noch", das nur sinnvoll ist, wenn es einen Übergang bezeichnet, allmählich gleichsam Ewigkeitswert.

Man kann den Gegensatz beider Auffassungen also auf die Frage zuspitzen, ob die "heute noch mögliche" "Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern" eine Handlungsweise von Christen ist, der letztlich zeitlose Gültigkeit für die Dauer dieser gefallenen Welt zukommt, weil Katastrophen und Kriege bis ans Ende aller Tage nicht aufhören werden, oder ob nicht gemeint ist, daß in einem geschichtlichen Zeitraum innerhalb dieser Welt eben diese Orientierung und Handlungsweise überwunden werden könne, weil sie überwunden werden muß, wenn die Menschheit nicht die Entscheidung über ihre irdisch-geschichtliche Existenz fahrlässig und schuldhaft verspielen oder dem Zufall überlassen will.

Ohne Zweifel stehen die Heidelberger Thesen auf der Seite derer, die in der Überwindung des Abschreckungssystems eine geschichtliche Aufgabe der Menschheit sehen, die freilich historisch analogielos ist. Jedenfalls halten die Thesen diesen Übergang nicht für ein eschatologisches Ereignis, d.h. für die Aufhebung der Strukturen der gefallenen Welt erst im Jüngsten Gericht am Ende aller Zeiten. Damit folgen sie der Weizsäcker-These vom Frieden als der Überlebensbedingung der technisch-wissenschaftlichen Welt. Diese These besagt: "Auf die Dauer wird der Atomkrieg nur dann zu verhüten sein, wenn es gelingt, den Krieg zu verhüten. Im technischen Zeitalter wird die Verhütung des Krieges aus einer Wünschbarkeit zu einer Lebensnotwendigkeit".

III.

Die künftige Tragfähigkeit der Komplementaritätsthese entscheidet sich an der Frage, ob das herkömmliche Abschreckungssystem auf Dauer und zuver-

lässig diese Aufgabe der Kriegsverhütung zu erfüllen vermag. Diejenigen, die seit vielen Jahren die vermittelnde Position der Heidelberger Thesen kritisieren - und dabei wohl häufig deren drängenden Zukunftsbezug übersehen -, können gute Gründe dafür anführen, daß die Strategie der Abschreckung in sich Elemente der Destabilisierung enthält. Sollte aber die Wahrscheinlichkeit zunehmen, daß die Abschreckung versagen kann, dann ist das Fundament der Heidelberger Thesen zerbrochen.

Der Grund aller derartigen ethischen Aporien im Blick auf den modernen Krieg liegt im Dilemma der nuklearen Abschreckung selbst. Es ist möglich, wenn auch nicht zwingend beweisbar, daß es zwischen den Supermächten "heute eine in ihrer militärischen Logik widerspruchsfreie Abschreckungsstrategie" gibt; für die Bundesrepublik gibt es diese ebensowenig wie die Garantie, daß sie ohne Rüstung davor verschont bliebe, zum Schlachtfeld zu werden. Dieses Dilemma der Sicherheitspolitik im Rahmen der Strategie der Abschreckung läßt sich mit drei lapidaren Sätzen formulieren:

"Die Großen Bomben erfüllen ihren Zweck, den Frieden und die Freiheit zu schützen, nur, wenn sie nie fallen.

Sie erfüllen diesen Zweck auch nicht, wenn jedermann weiß, daß sie nie fallen werden.

Eben deshalb besteht die Gefahr, daß sie eines Tages wirklich fallen werden."

Diese Sätze schrieb C.F. von Weizsäcker im Zusammenhang der Göttinger Erklärung von 1957 und also vor den Heidelberger Thesen. Seither hat er mehrfach Anlaß gesehen, vor zunehmender Bedrohung des Friedens zu warnen. Dabei hat er vor allem die Gefahren unterstrichen, die im Prozeß des Wettrüstens aus technologischen Entwicklungen entspringen können, wenn diese einer Seite die Möglichkeit einer erfolgreichen Erstschlagskapazität eröffnen. Diese Befürchtungen sind seither nur durch das politische Verhalten der Supermächte verstärkt worden, sondern auch durch militärische Entwicklungen. Hier ist in erster Linie die Gefahr einer Modifikation bzw. Aufweichung der Abschreckungsdoktrin zu nennen, die in Tendenzen zum Ausdruck kommt, die strikt politische Funktion von Nuklearwaffen wieder zu überführen in militärische Funktionen, d.h. diese Waffen militärisch wieder anwendbar zu machen nicht zum Zwecke der Drohung, sondern zum Zwecke der Führung eines Krieges. Wer bei Atomwaffen wieder beginnt, in Kategorien von Gefechtsfeldwaffen zu denken oder sie gar als militärisches Mittel der Machtpolitik - und nicht ausschließlich als Mittel der Abschreckung! - zu betrachten, durchbricht die entscheidende Hemmschwelle zwischen der Kriegsverhütung durch Abschreckung und der Vorstellung einer erfolgreichen Verteidigung auf dem mitteleuropäischen Schlachtfeld, wobei höchstwahrscheinlich die Schadensfolgen eines Krieges nur mit konventionellen Waffen ebenso untragbar wären.

Ich sehe auf diesem Hintergrund mehrere Gründe, die dazu Anlaß gegeben haben, daß immer mehr Christen den Kompromiß der Komplementaritätsthese meinen aufgeben zu müssen. Sie fragen zunehmend, ob man denn auf unabsehbare Zeit den Waffendienst als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen könne. Vor allem drei Entwicklungen sind es, durch welche diese Anerkennung in Frage gestellt ist:

1. Durch die Beteiligung an militärischer Friedenssicherung ist nicht Zeit für Verhandlungen gewonnen worden, die die Welt einer wirklichen Abrüstung nähergebracht hätten. Zwar war die politische Kriegsverhütung in Europa erfolgreich, aber das Militär und die Rüstungsentwicklung waren nicht einbezogen in die Entspannungspolitik. Zudem nahmen in anderen Weltteilen die militärischen Auseinandersetzungen zu, nicht zuletzt unter Verwendung von Waffen, die in Europa hergestellt werden.
2. Durch die militärstrategische Entwicklung der letzten Jahre ist die grundlegende Unterscheidung von Kriegsverhütung durch Abschreckung und Verteidigung für den Fall, daß die Abschreckung versagen sollte, ins Wanken geraten. Man denkt seit langem über die Begrenzbarkeit der Atomkriegsführung auf dem europäischen Schauplatz nach, obwohl es in einem solchen Krieg mit Atomwaffen wohl nur ein Ende, aber keinen Sieg geben kann. Demgegenüber hatten die Kirchen stets den Waffendienst nur soweit anerkannt, als er der Abschreckung diene, aber die Verwendung von Massenvernichtungsmitteln zur Kriegsführung verworfen.
3. Im April 1978 hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestritten, es könne Gleichrangigkeit oder Gleichwertigkeit des waffenlosen Friedensdienstes mit dem Wehrdienst geben. Damit ist implizit eine wesentliche Grundüberzeugung der evangelischen Kirchen als nicht verfassungsgemäß zurückgewiesen worden, welche seinerzeit erst die Anerkennung militärischer Friedenssicherung im Atomzeitalter erträglich machte.

Angesichts dieser Entwicklungen ist in den letzten Jahren wiederholt behauptet worden, der Kompromiß der Heidelberger Thesen bzw. die Anerkennung von "Friedensdienst mit und ohne Waffen" seien nicht länger aufrechtzuerhalten. Diese Auffassung ist verständlich, wenn man bedenkt, daß es tatsächlich im Schatten der atomaren Vernichtungsdrohung nicht gelungen ist, eine wirkliche Abrüstung oder auch nur eine Verringerung des Rüstungstempos einzuleiten. Allein dafür aber sollte die Beteiligung von Christen an der Kriegsverhütung durch Abschreckung Zeit gewinnen helfen. Die jüngste Friedensdenkschrift hat mit dem ausdrücklichen Rückgriff auf die Heidelberger Thesen noch einmal versucht, diesen Kompromiß zu bekräftigen, aber sie hat auch festgestellt, daß "der Zeitpunkt kommen (wird), wo Skandal und Risiko der Rüstungsspirale höher veranschlagt werden müssen als der Nutzen des Abschreckungssystems".

Auf Dauer dürfte darum in den evangelischen Kirchen der Bundesrepublik Deutschland ein schiefling-unfriedliches Nebeneinander von "Friedensdienst mit und ohne Waffen" nicht möglich sein. Gegenwärtig nötigt diese Formel freilich nach wie vor die Waffenlosen und die Waffenträger dazu, sich selbstkritisch Rechenschaft über Chancen und Risiko ihres Tuns zu geben. Diese Auseinandersetzung um die gemeinsame Verantwortung für den Frieden muß gewiß noch intensiviert werden. Aber eines Tages, so denke ich, wird dann die Entscheidung nicht mehr zu umgehen sein, ob beide Handlungsweisen noch länger miteinander vereinbar sind, oder ob nicht zumindest wie in der DDR schon 1965 gesagt werden muß, daß der Waffenverzicht "das deutlichere Zeichen" des Friedenswillens der Christen ist.

Die neue Friedensdenkschrift hat einige Schritte in dieser Richtung jüngst angedeutet. Unter Rückgriff auf die Heidelberger Thesen wird betont, daß es der Christenheit verwehrt ist, angesichts des Rüstungswettlaufes zu re-

signieren und sich an den gefährlichen Zustand der Kriegsverhütung durch atomare Bedrohung zu gewöhnen. Freilich hat die Denkschrift sich auch nicht auf die Seite der grundsätzlichen Pazifisten gestellt. Aber sie ist zu Empfehlungen vorgedrungen, die neue Töne anklingen lassen. Ich hebe drei Aspekte hervor:

1. Wenn man Konfliktursachen und denkbare Kriegsänlässe eingrenzen will, bedarf es stärkerer und nicht weniger politischer Kooperation. Sie muß alle Bereiche von Wissenschaft, Wirtschaft, Technik und Kultur umfassen. Kriegsverhütung ist in erster Linie eine Sache der politischen Entwicklung und Zusammenarbeit.
2. Konkret wird gefordert, daß bei jedem politischen Schritt der Friedenssicherung und bei allen militärischen Maßnahmen bedacht werden muß, wie diese in der Wahrnehmung der Gegenseite aussehen. Die eigene Sicherheit läßt sich nicht auf Kosten des Gegners verbessern, sondern nur, wenn die gegnerischen Sicherheitsbedürfnisse mitbedacht werden.
3. In militärischer Hinsicht schließlich wagt sich die EKD-Denkschrift am weitesten in politisches Neuland vor. Sie plädiert nämlich für ein "Verteidigungskonzept, das vorläufig eine atomare Mindestabschreckung gewährleistet, aber seinen Schwerpunkt in typischen Defensivwaffen hätte".

Ich hoffe, daß der hier eingeschlagene Kurs, der wegführen soll von der bisherigen Abschreckungsstrategie, künftig gehalten werden kann. Diese behutsame, aber deutliche Korrektur der bisherigen Kompromißhaltung der evangelischen Kirchen nimmt die Einsicht ernst, daß im Atomzeitalter der Krieg kein Mittel der Politik sein kann und daß deshalb, wie ein großer Theologe unseres Jahrhunderts schrieb, "der Friede der Ernstfall ist: der Fall nämlich, in welchem ... alle Zeit, alle Kraft, alles Vermögen dafür einzusetzen sind, daß die Menschen leben, und zwar recht leben können, um dann zur Flucht in den Krieg keinen Anlaß zu haben, d.h. um dann nicht vom Kriege erwarten zu müssen, was ihnen der Friede verweigert." (K. Barth)